

Stadtverordnetenversammlung
Falkensee
AfD-Fraktion

Falkensee, 19.03.2020

Beschluss

Drucksache Nr. 7849

Beschluss Nr.

vom:

Antrag der AfD-Fraktion

Corona-Krise bekämpfen: Keine weiteren Migranten aus dem türkisch-griechischen Grenzgebiet!

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadt Falkensee will die Verbreitung des Corona-Virus in der Stadt bekämpfen und erklärt, dass sie unter keinen Umständen bereit ist, weitere Flüchtlinge oder Migranten aus dem türkisch-griechischen Grenzgebiet aufzunehmen. Das gilt auch für Kinder mit oder ohne Familie, für Jugendliche, Alte, Kranke, Gesunde, Frauen, Männer und Diverse.

Die Stadtverwaltung als Exekutive wird beauftragt, diese Willenserklärung sofort an die zuständigen Stellen des Landkreises Havelland, des Landes Brandenburg und der Bundesregierung weiterzuleiten.

Begründung:

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CIVEY, ob unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von den griechischen Inseln in Deutschland aufgenommen werden sollen, gibt es inzwischen schon eine Mehrheit von 51 Prozent der Deutschen, die GEGEN eine solche Aufnahme sind, gegenüber nur 39 Prozent, die DAFÜR stimmen (Augsburger Allgemeine vom 07.03.2020). Die bisherige sogenannte "Willkommenskultur" verzerrt daher den mehrheitlichen Willen unter den Deutschen, der jetzt immer klarer aussagt, dass der weiter andauernde Zustrom von Migranten aus dem Orient gestoppt werden muss.

Eine sogenannte "europäische Lösung", wie sie seit Jahren vergeblich von der Kanzlerin angestrebt wird, ist offensichtlich eine Illusion und widerspricht auch dem mehrheitlichen Willen der Deutschen, die eine solche Masseneinwanderung stoppen wollen. Die Kanzlerin ist in dieser Frage offenbar abgetaucht und enthält sich einer klaren Stellungnahme, denn sie kennt die ablehnende Stimmung in der deutschen Bevölkerung. Der Migrationsforscher Oltmer von der Universität Osnabrück schreibt: „Die Politik hat gegenwärtig den Eindruck, sie würde die Bevölkerung mit einem erneuten Flüchtlingszuzug emotional überfordern“ (Süddeutsche Zeitung 13.03.20, und Stern, 15.03.20).

Erschwerend kommt hinzu, dass die neue Situation infolge der Coronavirus-Pandemie es erfordert, in Deutschland genügend Krankbetten, Material und medizinisches Personal für einheimische Corona-Patienten vorzuhalten, deren Anzahl gerade jetzt exponentiell ansteigt. Niemand in Deutschland hätte Verständnis dafür, dass unsere Krankenhäuser noch zusätzlich Patienten aus dem Mittleren Osten aufnehmen sollen, wenn unser Medizinpersonal schon jetzt nicht ausreicht, wenn sogar Medizinstudenten als Hilfskräfte angeworben werden und wenn Messehallen zu Hilfslazaretten umfunktioniert werden sollen.

Die EU-Außengrenzen wurden angeblich geschlossen, um die Einschleppung des Corona-Virus zu verhindern. Tatsächlich aber wurden sie geöffnet, laut Durchführungsverordnung der EU, für Personen, die angeblich "internationalen Schutz benötigen", was Merkel aber in ihrer Erklärung

verheimlichte. Ergebnis: In Heidelberg waren 5 neu angekommene Migranten bereits bei Ankunft mit Corona infiziert und mussten unter Quarantäne gestellt werden (Heidelberg24 v. 16.03.20); außerdem flüchtete in Suhl ein unter Quarantäne gestellter Afghane aus der dortigen Erstaufnahmeeinrichtung, und aktuell sind dort starke Polizeikräfte damit beschäftigt, alle 533 Heimbewohner unter Quarantäne zu halten (insuedthueringen24.de v. 15.03.20).

Einige Städte und Länderminister haben sich bedauerlicherweise FÜR die Aufnahme von Migranten aus dem türkisch-griechischen Grenzgebiet ausgesprochen, obwohl letztlich der Bund darüber entscheidet. Wir nehmen hiermit ebenfalls unser Recht in Anspruch, in dieser Sache unseren Willen zum Ausdruck zu bringen, allerdings GEGEN die Aufnahme dieser Migranten. Wir wollen sie nicht in Falkensee, denn wir wissen: Wenn sie einmal hierher kommen, gehen sie nur selten wieder zurück.

i. A. *U. Storm*

Dr. Rainer van Raemdonck
Fraktionsvorsitzender